

N I E D E R S C H R I F T

über die Sitzung **des Bauausschusses** der Stadt Burgdorf am **01.11.2010** im Ratssaal des Schlosses, Spittaplatz 5,

16.WP/BauA/049

Beginn öffentlicher Teil: 16:30 Uhr
Beginn vertraulicher Teil: Uhr

Ende öffentlicher Teil: 19:03 Uhr
Ende vertraulicher Teil: Uhr

Anwesend: Bürgermeister

Baxmann, Alfred

Vorsitzende

Weilert-Penk, Christa

Mitglied/Mitglieder

Fleischmann, Michael
Rickert, Heidrun
Schrader, Karl-Ludwig
Schulz, Kurt-Ulrich
Wackerbeck, Ursula

stellv. Mitglied/Mitglieder

Braun, Hartmut für Frau Leykum
Obst, Wolfgang für Herrn Hunze
Rohde, Paul für Herrn Brönnemann

Beratende/s Mitglied/er

Köneke, Klaus
Reuter, Johannes-P.

Verwaltung

Herbst, Imke
Joos, Michael
Lahmann, Jörg
Trappmann, Hendrik
Weddige, Frauke

TAGESORDNUNG

Öffentlicher Teil

1. Feststellung der Anwesenheit, Beschlussfähigkeit und Tagesordnung
2. Genehmigung der Niederschrift über die Sitzungen am 09.08., 06.09. und 27.09.2010
3. Mitteilungen des Bürgermeisters
4. Anfragen gemäß Geschäftsordnung
5. Entwurf Haushaltssatzung 2011
Vorlage: 2010 0808
6. Entwurf Investitionsprogramm 2011
Vorlage: 2010 0809
7. 3. Änderung und Ergänzung des Bebauungsplanes Nr. 0-71 "Burgdorf Nordwest"-Satzung-
Bezugsvorlagen: 2009 0571 und 2010 0571/1
Vorlage: 2010 0812
8. Bauleitplanung Biomasseanlage Hülptingsen
Vorlage: 2010 0815
9. 11. Änderung Regionales Raumordnungsprogramm 2005 zur Fortschreibung des Regionalen Einzelhandelskonzeptes;
hier: Stellungnahme der Stadt Burgdorf zu den allgemeinen Planungsabsichten;

Vermerk "AG "Einzelhandel" bei der Region Hannover - zur Anpassung des Regionalen Einzelhandelskonzeptes im Regionalen Raumordnungsprogramm RROP 2005 der Region Hannover an das Landesraumordnungsprogramm LROP 2008 des Landes Niedersachsen" vom 06.04.2010 = Anlage 1 der Niederschrift über die Sitzung des Bauausschusses am 13.04.10
Vorlage: 2010 0820
10. 51. Flächennutzungsplanänderung (Östlich Beerbuschweg), Feststellung
Vorlage: 2010 0831
11. Anregungen an die Verwaltung

Einwohnerfragestunde

Öffentlicher Teil

1. Feststellung der Anwesenheit, Beschlussfähigkeit und Tagesordnung

Um 16.30 Uhr eröffnete **Frau Weilert-Penk** die Sitzung und stellte die Beschlussfähigkeit des Ausschusses fest. Anmerkungen zur Tagesordnung lagen nicht vor. Die Mitglieder des Bauausschusses genehmigten die Tagesordnung in der Form der Einladung vom 19.10.2010 einstimmig.

2. Genehmigung der Niederschrift über die Sitzungen am 09.08., 06.09. und 27.09.2010

Die Mitglieder des Bauausschusses genehmigten die Niederschrift über die Sitzung des Bauausschusses am 09.08.2010 bei drei Enthaltungen mit sechs Ja-Stimmen einstimmig.

Die Mitglieder des Bauausschusses genehmigten die Niederschrift über die Sitzung des Bauausschusses am 06.09.2010 bei vier Enthaltungen mit fünf Ja-Stimmen einstimmig.

Die Mitglieder des Bauausschusses genehmigten die Niederschrift über die Sitzung des Bauausschusses am 27.09.2010 bei zwei Enthaltungen und sieben Ja-Stimmen einstimmig.

3. Mitteilungen des Bürgermeisters

Herr Trappmann berichtete über das Verfahren zur Änderung des Flächennutzungsplanes und eines Bebauungsplanes der Stadt Lehrte, in dem die Stadt Burgdorf als Nachbargemeinde um Stellungnahme gebeten worden sei. Die Stadt Lehrte beabsichtige die Ausweisung eines Sondergebietes für die Ansiedlung eines Baumarktes in der Nähe des Bahnhofes. Dieser sei mit einer Verkaufsfläche von 8000 m² vorgesehen und solle neben Baumarktartikeln auch ein Randsortiment mit max. 800 m² Verkaufsfläche für zentrenrelevante Sortimente anbieten.

Die Verwaltung beabsichtige hierzu keine Stellungnahme abzugeben, da gegen die Planung keine Bedenken bestünden.

Herr Fleischmann widersprach **Herrn Trappmann** in diesem Punkt, da die Stadt Lehrte bereits zwei Baumärkte habe und die Stadt Burgdorf selbst auch die Ansiedlung eines Baumarktes im Gewerbegebiet Nordwest beabsichtige.

Herr Trappmann betonte, dass es um die regionalplanerischen Auswirkungen des Vorhabens gehe. Zwar würden sich mit dem Vorhaben auch Auswirkungen für Burgdorf ergeben, diese seien jedoch aus regionalplanerischer Sicht zulässig und rechtfertigten keinen Eingriff in die Planungshoheit der Stadt Lehrte.

Frau Herbst berichtete, dass der Bebauungsplan Nr. 0-33 „Mönkeburg I – 1. Änderung“ für das Kirchgrundstück an der Lippoldstraße zwischenzeitlich im Amtsblatt bekanntgemacht und rechtskräftig geworden sei.

Herr Lahmann erläuterte den zuvor von ihm in Sachen „Umbau der Bahnhofstoilette“ verteilten Grundriss (Anlage zum Protokoll). Da sich die Baumaßnahme nicht wie anfangs beabsichtigt umsetzen lasse, sei eine Umplanung erforderlich geworden. Diese sei von Herrn Riesenberg ausgeführt worden und habe einen Kostenumfang von 97.000 € erreicht. Die ursprünglich veranschlagte Summe von 80.000 € lasse sich aufgrund der erforderlichen Änderungen und der vandalismussicheren Ausführung nicht mehr halten. Maßgeblich für die Kostensteigerung sei außerdem der nunmehr erforderliche Einbau von Blindelementen.

An **Herrn Könnecke** gewandt erläuterte **Frau Weilert-Penk**, dass man aus Sicherheitsgründen von einer Trennung in eine Damen- und Herrentoilette abgesehen habe, da durch diese Variante eine Treppenstufe erforderlich geworden wäre und man diese Stolperfalle habe vermeiden wollen. Bei der jetzigen Variante sei somit eine Trennung in Damen- und Herrentoilette aufgrund der räumlichen Enge nicht mehr möglich.

Herr Lahmann versicherte, dass die Toilette zur selben Zeit immer nur von einer Person betreten werden könne. Der Umbau sei gleichzeitig mit der Reparatur der Telekom-Kabel vorgesehen. Über den voraussichtlichen Bauzeitenplan werde man den Ausschuss demnächst informieren.

4. **Anfragen gemäß Geschäftsordnung**

Es lagen keine Anfragen vor.

5. **Entwurf Haushaltssatzung 2011 Vorlage: 2010 0808**

Herr Lahmann erläuterte die für den Bereich seiner Abteilung maßgeblichen Haushaltsansätze. Diese, so **Herr Lahmann**, bezögen sich in der Hauptsache auf notwendige Erhaltungsmaßnahmen.

Herr Obst bat angesichts der vorgestellten Ansätze um eine Erläuterung, warum im Feuerwehrhaus Burgdorf der Einbau einer neuen Absauganlage erforderlich sei. Für ihn stelle sich hier insbesondere die Frage, ob es für die bestehende, relativ neue Anlage noch Gewährleistungsansprüche gebe.

Herr Lahmann verneinte dies. Zwar habe es immer wieder Probleme mit der 2003 eingebauten Anlage gegeben, zwischenzeitlich sei diese aber ein bis zwei Jahre störungsfrei gelaufen. Aufgrund des Alters sei die Gewährleistungsfrist abgelaufen.

Herr Rohde kritisierte, dass die Heizungssanierung im Flüchtlingsheim in der Friederikenstraße nur erforderlich sei, weil die Verwaltung aus Unachtsamkeit die Heizung einfrieren lassen habe. **Herr Rohde** ging davon aus, dass der Stadt Burgdorf keine Asylbewerber zugeteilt worden wären, wenn das Heim bereits abgerissen worden wäre.

Frau Weilert-Penk erwiderte hierauf, dass dies nicht der Fall sei, da den Städten und Gemeinden unabhängig vom Vorhandensein entsprechender Unterkünfte Bewerber zugeteilt würden.

Herr Lahmann ergänzte, dass man jetzt erhebliche Probleme bekommen würde, wenn man das Heim zuvor abgebrochen hätte. An **Herrn Rohde** gewandt, erläuterte **Herr Lahmann**, dass für die Sanierung der Bühnen-, Licht- und Tontechnik in der Aula des Gymnasiums ein Betrag von insgesamt 270.000 € anzusetzen sei.

Die für 2011 veranschlagten 170.500 € (Bühnentechnik) setzten sich wie folgt zusammen:

- Prospektzüge 1 – 7	38.500 €
- Feuerschutzvorhang	7.500 €
- Vorbühne Beleuchterzug	14.500 €
- Leinwand	19.500 €
- Hinterbühnen – Trennwand	6.500 €
- Bühnenlichtsteuerung	16.500 €
- <u>Diverse Reparaturen</u>	<u>7.500 €</u>
	110.500 €
- elektrische notwendige Leistungen	26.000 €
- Planung	22.000 €
- bauliche Leistungen	12.000 €
	<hr/>
	170.500 €

Auf eine weitere Frage von **Herrn Rohde**, ob es überhaupt Sinn mache, einen Betrag von 30.000 € für die energetische Betrachtung einiger städtischer Gebäude auszugeben, wenn die Stadt überhaupt nicht über die Mittel verfüge, die sich daraus ergebenden Sanierungen durchführen zu lassen, antwortete **Herr Lahmann**, dass die Verwaltung an ein neues Haushaltsrecht gebunden sei und dieses verlange, sich Lösungen für eine längerfristige Kostensenkung, insbesondere im Bereich der Energiekosten, zu überlegen. Da zudem damit zu rechnen sei, dass Energiekosten längerfristig noch weiter steigen würden, sei die Verwaltung aufgefordert, dem entgegen zu wirken.

Im Anschluss erläuterte **Herr Trappmann** die für seinen Fachbereich maßgeblichen Ansätze. Für den Bereich des Hochbaus, den er als Projektleiter vertrete, so **Herr Trappmann**, sei die Erweiterung des Kindergartens am Schwüblingser Weg um 30 neue Krippenplätze hervorzuheben. Die Kosten für die Einrichtung der offenen Ganztagschulen und insbesondere für die baulichen Maßnahmen zur Einrichtung der offenen Ganztagschule in Otze seien in diesem Entwurf jedoch weitestgehend nicht enthalten.

6. **Entwurf Investitionsprogramm 2011** **Vorlage: 2010 0809**

Herr Lahmann und **Herr Trappmann** erläuterten die für ihre jeweiligen Bereiche maßgeblichen Ansätze.

7. **3. Änderung und Ergänzung des Bebauungsplanes Nr. 0-71 "Burgdorf Nordwest" -Satzung-** **Bezugsvorlagen: 2009 0571 und 2010 0571/1** **Vorlage: 2010 0812**

Herr Joos erläuterte ausführlich die Vorlage.

Herr Obst führte aus, dass seine Fraktion nach wie vor eine andere Linienführung favorisieren würde. Andere Alternativen seien jedoch von Regio Bus nie ernsthaft in Erwägung gezogen worden, so dass es letztendlich für seine Fraktion keine andere Möglichkeit gebe als der Vorlage zuzustimmen, wenn

man die Bewohner des Heineckenfeldes an den öffentlichen Nahverkehr anbinden wolle.

Herr Schulz wies darauf hin, dass der Bereich der Weststadt bis an den Ahrbergenweg hinreichend mit Bushaltstellen versorgt sei. Die Schaffung der Busspur sei nicht erforderlich, da ausreichende Anschlussmöglichkeiten über bereits vorhandene Straßen gegeben seien. Ein Wenden des Busses auf Höhe der neuen KiTa halte er für möglich und zumutbar. Die WGS stimme daher gegen die Vorlage.

Bürgermeister Baxmann stellte fest, dass der öffentliche Nahverkehr eine sehr komplexe und schwer überschaubare Thematik sei. Alle vorgeschlagenen Alternativen seien sorgfältig überprüft und aus verschiedenen Erwägungen als nicht durchführbar eingestuft worden. Er begrüße jedoch die einvernehmliche Lösung mit der CDU, die die notwendige Anbindung von Burgdorf Nordwest ermögliche.

Herr Schrader wies auf die Verwaltungsvorlage hin, wonach aus wirtschaftlichen und qualitativen Gesichtspunkten keine andere Lösung als die Führung über die Moorstraße in Frage komme. Unter Umständen bestehe zu einem späteren Zeitpunkt die Möglichkeit, diese Spur wieder aufzuheben, wenn eine Folgebebauung an den neu errichteten Penny-Markt heranrücke.

Herr Braun bedauerte den Verlust der Grünfläche, sah aber die Notwendigkeit, das Baugebiet Nordwest an den öffentlichen Nahverkehr anzuschließen.

Herr Braun betonte ausdrücklich, dass der Ausbau der Busspur für ihn keine Vorentscheidung für eine Bebauung des Seegrundstückes sei. Diese sehe er in keinem Fall.

Herr Fleischmann kündigte an, sich bei der Abstimmung zu enthalten, da die vorgeschlagenen Alternativen nicht hinreichend geprüft worden seien. Unabhängig davon halte er eine Busanbindung des Gebietes Nordwest für richtig.

Beschluss:

Die Mitglieder des Bauausschusses stimmten mit sechs Ja-Stimmen, einer Nein-Stimme und zwei Enthaltungen für den Beschlussvorschlag zu a.) der Vorlage Nr. 2010 0812.

8. Bauleitplanung Biomasseanlage Hülptingsen Vorlage: 2010 0815

Herr Baxmann erklärte, dass die Verwaltung sich bemüht habe, die wesentlichen vorhandenen Informationen in der Vorlage wiederzugeben. Vorschlag der Verwaltung sei es, Anfang Januar eine zentrale Veranstaltung zu diesem Thema durchzuführen. Zu diesem Zweck sollten Projektentwickler, Bürgerinitiative und Verwaltung jeweils zwei Experten benennen. Zur Schaffung einer sachlichen und objektiven Grundlage solle die Moderation von einem „Externen“ durchgeführt werden.

Frau Weilert-Penk führte aus, dass es ihrer Ansicht nach sinnvoll sei, vor einer Entscheidung über die Einleitung eines Bebauungsplans die Auswirkung auf eine Biogasanlage auf die Verkehrssituation zu untersuchen.

Bürgermeister Baxmann machte deutlich, dass es noch viele Themen gebe, zu denen die Projektbetreiber Gutachten erbringen müssten. Dies werde aber in der Regel erst in einem Bauleitplanverfahren verlangt. Derzeit wüssten die Projektentwickler jedoch nicht einmal, ob eine Biogasanlage in Burgdorf grundsätzlich befürwortet wird. Alle Beteiligten müssten deshalb wissen, dass man entscheidende Informationen gegebenenfalls erst dann erhalte, wenn ein Einlei-

tungsbeschluss getroffen worden sei, da die Vorhabensträger kaum bereit seien, eine komplette Planung ohne Aussicht auf ein Planverfahren zu finanzieren. **Herr Obst** begrüßte die Idee, eine solche Veranstaltung durchzuführen. Er betonte, dass zu diesem Zeitpunkt noch keine wie immer geartete Entscheidung für oder gegen das Projekt getroffen worden sei.

Auch **Herr Fleischmann** begrüßte die Idee einer solchen Veranstaltung, kritisierte aber den Titel der Vorlage, der offensichtlich darauf hinweise, dass eine entsprechende Planung eingeleitet bzw. durchgeführt werden solle. Dieser Eindruck entstehe insbesondere deshalb, weil in der Vorlage keine kritische Sicht des Projektes gegeben werde und keine Sicherheitsmängel benannt würden. Zudem fehle die Göttinger-Erklärung, die unbedingter Bestandteil der Vorlage hätte sein müssen. Für ihn stelle es sich derzeit so dar, dass an den Widerständen vorbei Fakten geschaffen werden sollten.

Herr Trappmann betonte nochmals, dass es sich um eine Info-Vorlage handele, die keine Entscheidung herbeiführen könne. Grundsätzlich verfüge man im Rahmen einer solchen ersten Vorlage nicht über die Kapazität wirklich auf alle Facetten des Themas Biogas einzugehen. In jedem Fall reiche die Verwaltung alle Informationen, die ihr zugänglich gemacht werden, an die Ratsherren weiter. Dazu gehörten auch die Artikel zur Sicherheitsproblematik und die Göttinger Erklärungen.

Herr Braun sah in der derzeitigen Vorgehensweise einen typischen Abwägungsprozess der heutigen Zeit. Wenn man Atomenergie abschaffen wolle, müsse man sich um andere Alternativen bemühen. Daher sei es vorteilhaft, sich grundsätzlich und umfassend zu informieren. Für ihn persönlich zeige sich jedoch, dass er umso kritischer zu dem Vorhaben stehe, je mehr er darüber erfahre.

Herr Fleischmann erklärte, er könne der Errichtung einer Biomasseanlage in Burgdorf nichts Positives abgewinnen, um so mehr als er sich frage, was diese für Burgdorf bringe. Seiner Meinung nach brauche Burgdorf eine solche Anlage nicht.

Herr Könnecke sah das vorgeschlagene Verfahren, die Vorlage und die durchgeführten Besichtigungen als hilfreiche Entscheidungswerkzeuge an. Er bat Frau Herbst, die in der Vorlage unter der Nr. 3.3 auf Seite 6 genannten Zahlen wie folgt zu korrigieren, da sich dort ein kleiner Rechenfehler eingeschlichen habe:

- Auf Seite 6, 2. Zeile müsse es korrekt lauten 4.800 t statt 4.000
- Auf Seite 7, Punkt 3.5, 9. Zeile laute die richtige Zahl 17.000 t

9. **11. Änderung Regionales Raumordnungsprogramm 2005 zur Fortschreibung des Regionalen Einzelhandelskonzeptes;
hier: Stellungnahme der Stadt Burgdorf zu den allgemeinen Planungsabsichten;**

**Vermerk "AG "Einzelhandel" bei der Region Hannover - zur Anpassung des Regionalen Einzelhandelskonzeptes im Regionalen Raumordnungsprogramm RROP 2005 der Region Hannover an das Landesraumordnungsprogramm LROP 2008 des Landes Niedersachsen" vom 06.04.2010 = Anlage 1 der Niederschrift über die Sitzung des Bauausschusses am 13.04.10
Vorlage: 2010 0820**

Frau Herbst erläuterte ausführlich die Vorlage.

10. **51. Flächennutzungsplanänderung (Östlich Beerbuschweg), Feststellung**
Vorlage: 2010 0831

Frau Herbst erläuterte die Vorlage.

Herr Fleischmann bedauerte, dass die Entstehung des Baugebietes zuvor die Privatisierung der Obstbaumwiese bedingt habe. Deshalb werde er sich bei der Abstimmung enthalten.

Beschluss:

Die Mitglieder des Bauausschusses stimmten bei einer Enthaltung mit acht Ja-Stimmen einstimmig für den Beschlussvorschlag zu a.) der Vorlage Nr. 2010 0831.

11. **Anregungen an die Verwaltung**

Da keine Anregungen vorgetragen wurden, schloss **Frau Weilert-Penk** die Tagesordnung und eröffnete die Einwohnerfragestunde.

Einwohnerfragestunde

Herr Volker Kaefer äußerte als Sprecher der Bürgerinitiative zunächst seinen Dank für die Erarbeitung der Informationsvorlage. Für ihn stelle es sich jedoch beunruhigend dar, dass der Verwaltung offensichtlich andere Daten vorlägen als der Initiative. Daher sei es zunächst zwingend notwendig, die Dimensionen des Projektes zu klären. Dies gelte ebenso für den daraus resultierenden Schwerlastverkehr während der Erntezeit, der in der Vorlage ebenfalls in einer anderen Frequenz angegeben worden sei.

Frau Gertrud Blees, ebenfalls Vertreterin der Bürgerinitiative, bat um Auskunft, welche Unterlagen der Region Hannover für eine abschließende Stellungnahme hinsichtlich des Standortvergleichs gefehlt hätten.

Herr Trappmann antwortete hierauf, dass dies auf dem derzeitigen Verfahrensstand beruhe. Da man sich zurzeit in einer sehr frühen Planungsphase befinde, in der die Planung noch nicht konkretisiert sei, konnten der Region noch keine konkreten Planunterlagen vorgelegt werden. Daher habe die Region nur unter Vorbehalt geantwortet.

Bürgermeister Baxmann erinnerte an seine vorherige Aussage, dass man auch im Rahmen der Veranstaltung im Januar keine umfassenden Gutachten zu allen Teilaspekten vorliegen haben werde, da mit der Bereitschaft der Projektbetreiber die hierfür entstehenden Kosten zu tragen, erst mit der Fassung eines Einleitungsbeschlusses zu rechnen sei.

Herr Alois Blees bat darum, einen entsprechenden Kriterienkatalog rechtzeitig vor der Veranstaltung bekannt zu geben, da ohne entsprechende Informationen kein zielgerichtetes Arbeiten möglich sein könne.

Herr Ebeling, ebenfalls Mitglied der Initiative, bat um Auskunft, ob die Stadt sich an den Planungskosten für die Anlage beteiligen werde.

Herr Trappmann erwiderte hierauf, dass bei privaten Vorhaben grundsätzlich alle Kosten durch den Vorhabensträger getragen würden. Derzeit finde die Aufarbeitung des Themas in der Verwaltung noch mit eigenen Kräften statt. Dies verursache noch keine, dem Träger in Rechnung zu stellenden Kosten. **Herr Trappmann** verdeutlichte, dass der Rat mit einem

Einleitungsbeschluss zunächst nur entscheide, ob er sich mit der Planung einer Biomasseanlage überhaupt beschäftigen wolle. Ein Bauleitplanverfahren sei immer ein bis zum Ende offenes Verfahren, welche auch noch mit dem letzten Beschluss kippen könne. Aus dem Einleitungsbeschluss selbst, könnten daher die Vorhabensträger keine Rechte geltend machen.

Frau Silvia Bauer monierte die Breite des Verbindungsweges zwischen dem Schloss und dem Rathaus II. Dieser sei so schmal, dass kein Gegenverkehr möglich sei. Die Randstreifen befänden sich in einem derart schlechten Zustand, dass Radfahrer stürzen könnten wenn sie von diesem wieder auf den gepflasterten Weg fahren wollten.

Bürgermeister Baxmann verwies auf die Finanzlage der Stadt, die einen Ausbau des Weges unmöglich mache. Obwohl er den Weg für verkehrssicher erachtete, sagte er zu, die zuständige Abteilung um eine Kontrolle des Weges zu bitten.

Herr Christian Bethmann stellte sich als Bruder des Vorhabensträgers vor und bat um Auskunft, wie viel regenerative Energie bereits in Burgdorf vorhanden sei und welche Konsequenzen es haben könne, wenn in Burgdorf nicht bis 2020 die erforderlichen 20% dieser Energie verfügbar seien. Entgegen den Energiequellen Wind und Sonne sei die Gewinnung von Energie aus Biomasse eine Regelenergie, die jederzeit abgerufen werden könne. Sie sei sehr effizient und der Betrieb einer solchen Anlage erhöhe zudem das Steueraufkommen in Burgdorf.

Herr Volker Kaefer betonte, dass es sich bei einer Biomassenanlage um eine Brückentechnologie handele und sprach sich daher gegen die Errichtung einer solchen Anlage aus. Er verwies auf die Verbindung zwischen den Finanzen der Stadt Burgdorf, der Errichtung einer Biogasanlage und der Ausweisung eines Neubaugebietes. Im Falle der Errichtung einer Biomasseanlage, so Herr Kaefer, gehe er davon aus, dass das neu ausgewiesene Gebiet in Hülptingsen nur schwer zu vermarkten sein werde.

Herr Carsten Wollbrink bat um Auskunft, wie schnell das Gebiet „Östlich Beerbuschweg“ vermarktet und erschlossen werde.

Frau Herbst antwortete hierauf, dass sich schon jetzt alle Interessenten in der Liegenschaftsabteilung auf eine entsprechende Liste setzen lassen könnten.

Bürgermeister Baxmann führte aus, dass die Erschließung des Gebietes sofort nach der Genehmigung des Haushaltsplanes 2011 beginnen werde.

Herr Trappmann ging davon aus, dass der erforderliche Satzungsbeschluss in der nächsten oder übernächsten Ratssitzung getroffen werden könne. Danach könne voraussichtlich im Frühjahr 2011 mit der Vermarktung des Gebietes begonnen werden.

Da weder Anfragen noch Mitteilungen für den vertraulichen Teil der Sitzung vorlagen, schloss **Frau Weilert-Penk** die Sitzung um 19.03 Uhr.

Geschlossen:

Bürgermeister

Ratsvorsitzender/Ausschussvorsitzender

Protokollführer